

DIE ZEIT

Schluss mit dem Streit!

Wie Deutschlands Schulsystem reformiert werden muss – ein Aufruf

Das Bildungssystem in Deutschland ist in Gefahr, den Anschluss an die internationale Entwicklung zu verlieren. Der Anteil von Abiturienten ist zu klein, der von Jugendlichen ohne einen Schulabschluss zu groß. Ein entscheidender Grund hierfür ist die seit Jahrzehnten schwelende Auseinandersetzung für und wider die Gesamtschule. Sie hat zu einer Lähmung vieler bildungspolitischer Aktivitäten geführt.

Wir appellieren an die Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker in Bund, Ländern und Kommunen, alles zu tun, um diese Blockade zu überwinden und eine parteiübergreifende Einigung über die Reform des Schulsystems in der Sekundarstufe zu erzielen. Wir bitten vor allem die Schulministerinnen und -minister von CDU/CSU und SPD, den Grundsatzstreit um die Gestaltung der Sekundarschule zu beenden.

In vielen Bundesländern gibt es zusammen mit Förder- und Sonderschulen vier oder sogar fünf unterschiedliche Schulformen nach Abschluss der Grundschule. Nach allen vorliegenden Studien verletzt ein solches System die Grundprinzipien der Bildungsgerechtigkeit, da es zu sozialer und ethnischer Abgrenzung führt, problematische Lernmilieus schafft und schwierige Ausbildungs- und Berufschancen zur Folge hat. Diese Entwicklung ist vor allem an vielen Hauptschulen zu beobachten, wo es trotz größter Bemühungen der Lehrkräfte zu strukturellen Benachteiligungen vieler Jugendlicher aus bildungsfernen Elternhäusern kommen kann. Hierunter sind in den letzten Jahren besonders viele junge Männer und viele mit einem Migrationshintergrund.

Auch volkswirtschaftlich kann es sich Deutschland nicht länger leisten, leistungsfähigen Schülerinnen und Schülern jenseits des Gymnasiums keinen direkten Weg zur Hochschulreife zu eröffnen. International vergleichende Studien verweisen auf einen sich abzeichnenden gravierenden Akademikermangel in Deutschland.

Wir plädieren dafür, Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen zu einer einheitlichen Schulform neben dem Gymnasium zusammenzufassen. Ziel der neuen Schulform sollte es sein, möglichst alle Schülerinnen und Schüler zu einem ersten Bildungsabschluss und möglichst viele zu einem mittleren Abschluss oder zur Hochschulreife zu führen. Dazu braucht die neue Schulform eine eigene Oberstufe, die sich aus der engen Kooperation mit Fachoberschulen, Fachgymnasien, Berufskollegs und weiteren Einrichtungen neben der gymnasialen Oberstufe bilden lässt.

Wir halten eine solche Umstrukturierung in zwei gleichberechtigte weiterführende Schulformen nach Abschluss der Grundschule für dringend notwendig, weil sich hierdurch die sich immer weiter verschärfende Benachteiligung vor allem der

Schülerinnen und Schüler an vielen Hauptschulen abfangen lässt. In der neuen Schulform können Schülerinnen und Schüler besser als bisher in ihrer Entwicklung gezielt gefördert und für Ausbildung, Studium und Beruf kompetent vorbereitet werden.

Die pragmatische »Zwei-Wege-Lösung« bietet alternative Zugänge zu allen Schulabschlüssen. Sie wird nach unserem Urteil für Aufbruchstimmung im Schulsystem und für die dringend notwendigen neuen Förderimpulse für Schülerinnen und Schüler aus allen sozialen Bevölkerungsgruppen sorgen.

In einigen Bundesländern finden sich bereits Ansätze in diese Richtung. Wissenschaftliche Studien zeigen: Durch ein zweigliedriges weiterführendes Schulsystem lassen sich die problematischen Lernmilieus deutlich verringern, die in einem vielgliedrigen System unvermeidlich auftreten. Auch für die Lehrkräfte entstehen durch die neuen Gruppenzusammensetzungen und weiter gesteckte Abschlussziele erheblich bessere Arbeitsbedingungen.

Die neue Schulform kann nur dann erfolgreich arbeiten, wenn sie ein innovatives pädagogisches Profil erhält. Eine nur mechanische Zusammenlegung von Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen ist wenig effektiv. Die neue Schulform soll die Chance haben, ein wissenschaftsorientiertes, an der Lebenswirklichkeit und der Berufswelt orientiertes Bildungskonzept zu entwickeln. Sie soll so lange wie möglich einen gemeinsamen Unterricht je Fach vorsehen und Spielräume der fachübergreifenden und interdisziplinären Projektarbeit ausschöpfen. Eine gute Ausstattung mit Lehrkräften verschiedener Ausbildungsgänge, sozialpädagogischen und psychologischen Fachkräften, ein Nachmittagsangebot unter Mitwirkung vieler Träger, Kontakte zur lokalen Wirtschaft und die Etablierung von Schülerfirmen in der Schule gehören mit zu diesem Konzept. Auch die Zusammenarbeit mit Jugendhilfe, Kultur- und Sporteinrichtungen und der Erziehungs- und Sozialberatung ist anzustreben.

Wichtig ist ein gemeinsamer Name für die neue Schulform neben dem Gymnasium. Hierfür sollte ein bundesweiter Wettbewerb ausgeschrieben werden. Nur mit einem in allen 16 Bundesländern identischen Namen kann die neue Schulform bei Eltern und Schülern als feste pädagogische Größe erkennbar werden.

Ein herausragendes Merkmal der neuen Schule soll es sein, jeden einzelnen Schüler und jede einzelne Schülerin durch individuelle Förderprogramme und gezielte Anregungen auf einen optimalen Leistungsstand zu bringen. Dafür braucht die neue Schulform ein hoch motiviertes Lehrerkollegium und ausreichende Mittel für schulinterne Fortbildung und externe Beratung. Mittelzuweisung, Ausstattung, Ausbildung und Bezahlung der Lehrkräfte sollten an der neuen Schulform und dem Gymnasium gleich gestaltet werden.

Die hier skizzierte Reform des Schulsystems greift eine bereits erkennbare Entwicklung auf, die damit steuerbar und gestaltbar wird. Sie überwindet einen wissenschaftlich überholten Begabungsbegriff und setzt auf individuelle Leistungsfähigkeit jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen. Sie vermeidet Überforderungen des Reformprozesses, indem sie am bestehenden System ansetzt. Deshalb plädieren wir für diese maßvolle Schulreform. Ihre Umsetzung würde einen wichtigen Nebeneffekt haben und die politische Glaubwürdigkeit der

Volksparteien stärken. Keine Partei wird durch diesen Kompromiss ihren profilierenden Einfluss auf die Bildungspolitik verlieren. Die wirklichen Gewinner aber sind die heute benachteiligten Schülerinnen und Schüler.

Ist das der richtige Weg? Was meinen Sie? Diskutieren Sie mit.

Unterzeichner: Prof. Jutta Allmendinger, PhD, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung; Gabriele Behler, SPD, ehemalige Bildungsministerin des Landes NRW; Prof. Dr. Hans Bertram, Familienforscher, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Diether Breitenbach, SPD, ehemaliger Kultusminister des Saarlandes; Dr. Bernhard Bueb, ehemaliger Direktor der Internatsschule Schloss Salem; Prof. Dr. Michael Burda, Volkswirt, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Dr. h. c. Ludwig von Friedeburg, ehemaliger Kultusminister des Landes Hessen; Dr. Hildegard Hamm-Brücher, Staatsministerin a. D.; Robert Heinemann, schulpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Hamburg; Prof. Dr. Gerald Hüther, Neurobiologe, Universitäten Göttingen und Mannheim/ Heidelberg; Prof. Dr. Klaus Hurrelmann, Sozial- und Gesundheitswissenschaftler, Universität Bielefeld; Prof. Dr. Jürgen Kocka, Historiker, Freie Universität und Wissenschaftszentrum Berlin; Prof. Dr. Rainer Lehberger, Vorsitzender des Landesschulbeirates Hamburg; Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion; Elisabeth Lingner, ehemalige Synodalpräsidentin der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche; Dr. Joachim Lohmann, ehemaliger Vorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule; Ulrich Matthes, Schauspieler; Dr. Michael Merschmeier, Verleger, Friedrich Berlin Verlag; Prof. Dr. Jürgen Oelkers, Pädagoge, Universität Zürich; Eva Rühmkorf, SPD, ehemalige Kultusministerin des Landes Schleswig-Holstein; Renate Schmidt, SPD-MdB, Bundesfamilienministerin a. D.; Dr. Burkhard Schwenker, CEO, Roland Berger Strategy Consultants; Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung; Wilfried Steinert, ehemaliger Vorsitzender des Bundeselternrates; Marianne Tidick, SPD, ehemalige Kultusministerin des Landes Schleswig-Holstein; Prof. Dr. Dieter Timmermann, Rektor der Universität Bielefeld; Prof. Dr. Gert Wagner, Vorsitzender der Sozialkammer der EKD; Prof. Gerd Wameling, Universität der Künste, Berlin; Prof. Dr. Ulrich Wehler, Historiker, Universität Bielefeld; Ulrich Wickert, Journalist; Prof. Dr. Ludger Wößmann, Volkswirt, Ludwig-Maximilians-Universität und ifo Institut; Dr. Dieter Wunder, ehemaliger Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

DIE ZEIT, 22.11.2007 Nr. 48

48/2007